



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/VII/74 - 28.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Louise Schröder - 65 Jahre	S. 1
Die Moskauer Wirtschaftskonferenz	S. 3
"Made in Germany"	S. 5
Zum mißlungenen Mordanschlag auf Adenauer	S. 6

Louise Schröder - Symbol des Widerstandes

Von Paul Löbe, M.d.B.

Am 2. April 1952 vollendet Louise Schröder, frühere Oberbürgermeisterin von Berlin und Mitglied des Bundestages, ihr 65. Lebensjahr. Als 32jährige nahm sie in Altona ihre aktive politische Tätigkeit auf, nachdem lange vorher die Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge und der erste Weltkrieg aus ihr eine überzeugte Anhängerin der sozialistischen Ideale geformt hatten. Anfang 1919 trat sie gleichzeitig in das Altonaer Stadtparlament wie in die Weimarer Nationalversammlung ein, wo sie mit Marie Juchacz und Clara Bohm-Schuch zur Führerin bei vielen sozialpolitischen Fortschritten und gesetzlichen Reformen heranwuchs. Im Pflegeheim Altona, das sie gleichzeitig mehrere Jahre leitete, konnte sie die praktische Auswirkung der Sozialgesetze studieren und man darf heute sagen, daß keines dem Motterschutz - und Kinderschutz ähnliche Gesetz ohne die entscheidende Mitwirkung dieser Frauen zustande gekommen ist. Der warme Ton ihrer Rede, gepaart mit logischem Verstand, verschafften Louise Schröder im alten Reichstag stets "das Ohr des Hauses" und sicherte damit die ernste Beachtung ihrer Beweisführung.

In diese fruchtbare und erfolgreiche Arbeit brachte der Nationalsozialismus einen verhängnisvollen Bruch, der nicht nur die sachkundigen und sozialfühlenden Menschen aus allen Ämtern beseitigte, sondern auch ihr Werk Stück für Stück abbauete. Mit der Beendigung der politischen und parlamentarischen Tätigkeit 1933 war bei Louise Schröder wie bei all' ihren Schicksalsgenossen auch die Zerstörung der materiellen Existenzgrundlage verbunden. Dazu kamen die politischen Schikanen, die sich über Jahr und Tag hinzogen. Sie versuchte im Betrieb eines Bäckerladens in Hamburg einen notdürftigen Unterhalt zu finden, aber da in ihrem Laden kein "Heil Hitler" und im Schaufenster keine Hakenkreuzfähnchen üblich waren, war auch dort

ihres Bleibens nicht lange. Im Betrieb einer Berliner Tiefbaufirma fand sie schließlich als Sozialfürsorgerin ein neues Tätigkeitsfeld und noch dazu eines, das ihr die praktische Ausübung der Nächstenliebe im engeren Kreis in einer Zeit erlaubte, als der große Kreis ihr verschlossen war.

Wie es die allgemeine Sinnwidrigkeit eines Krieges auch im einzelnen ist: Die Frau, die 15 Jahre ihres Lebens der Abwehr des Krieges gewidmet hatte, wurde in Berlin dreimal ausgebombt und verlor dabei alles, was sie nicht am Leibe trug. Im April 1945, als der Landkrieg die Reichshauptstadt heimsuchte, trug man die Herz- und Magenkranke, körperlich elend Gewordene, aus der dritten Zufluchtswohnung heraus und nur langsam erholte sich ihr zarter Körper von diesen Schlägen. Als aber eine Erholung eintrat, war sie doch wieder eine der ersten auf der Schanze, um den Gesinnungsfreunden in der wiedererstandenen Partei eine geistige Heimat zu schaffen.

Tief war ihre Enttäuschung, als die östliche Invasion in allem das Gegenteil dessen herbeiführte, was man nach ihrer Propaganda hätte erwarten können. Zwar persönlich wurde sie von der bolschewistischen Besatzungsmacht und ihren unwürdigen deutschen Werkzeugen sehr umworben, und die SED erhob keinen Einwand gegen ihre Wahl zum zweiten Bürgermeister des damals noch gesinteten Groß-Berlin. Als aber keinerlei Versuche dieser Art einen Erfolg hatten, trieb man sie bei der gewaltsam herbeigeführten Spaltung der Berliner Verwaltung mit ihren Kollegen aus dem Rathaus hinaus und feindete sie aufs Übelste an. Aber gerade dadurch ergab sich eine weithin sichtbare Krönung ihrer politischen Tätigkeit. Die Russen legten in der Stadt der Viermächteverwaltung ihr Veto ein gegen die Amtsführung des ordnungsmäßig gewählten Oberbürgermeisters Prof. Ernst Reuter, und Louise Schröder wurde berufen, die zeitliche Lücke auszufüllen, die dadurch entstand.

In diese Zeit ihrer provisorischen Ernennung zum Oberbürgermeister von West-Berlin fiel der massive Angriff der russischen Blockade, fielen die Entbehrungen und Schikanen, welcher über die 2 1/4 Millionen Einwohner dieser Stadtteile verhängt wurden. Jetzt stand Louise Schröder mit in vorderster Linie der Abwehr dieses Würgeversuches und ihr mutiges Eintreten ist es mit gewesen, die das schwerleidende Westberlin zum Widerstand aufrief. In ganz Europa wurde man ihr Kampf mit Spannung verfolgt und mit großem Beifall begleitet. Er wurde zum Symbol dieses Widerstandes und ist im In- und Ausland, in London und Paris ebenso anerkannt worden wie in Berlin selbst. Als der Erfolg dieser Abwehr feststand und die Wahlen eine andere Zusammensetzung des Berliner Senats herbeiführten, legte sie ihr Amt in die Hände der Wähler zurück, und widmet sich seitdem im Deutschen Bundestag wieder der allgemeinen Arbeit in der Sozialpolitik, wie sie es vorher im alten Reichstag getan hat.

Mit den herzlichsten Glückwünschen zu ihrem 65. Geburtstag verbindet sich die Hoffnung, daß ihre körperliche Kraft ausreichen möge, noch viele Jahre ihre selbstlose Arbeit für den Aufbau der schwergetroffenen deutschen Heimat fortzusetzen.

Kommunisten in Moskau nicht erwünscht

Von Bruno Kalnins, Stockholm

Die Sowjetdiplomatie hat zur Zeit ihre Bemühungen, der sogenannten Friedenspropaganda in allen Kreisen Eingang zu verschaffen, auch auf die Industriellen, Kaufleute und Bankiers überführt. Man versucht nunmehr, ausgesprochen kapitalistische Kreise mit dem Sowjethandel zu locken. Diese sowjetischen Bemühungen konzentrieren sich auf die Vorbereitung der vom 3. bis 10. April 1952 in Moskau stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz. An ihr sollen laut "Prawda" "Wirtschaftsfachleute, Industrielle, Landwirtschaftsexperten, Kaufleute, Ingenieure, Gewerkschafts- und Genossenschaftsvertreter teilnehmen, die sich zu den unterschiedlichsten Anschauungen bekennen". Die Zahl der Teilnehmer ist auf 400 bis 450 beschränkt. Als unmittelbares Ziel der Konferenz wurde die "Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen" zwischen der westlichen Welt und der Sowjet-Union angegeben.

Die Liste der Mitglieder des "Aktionskomitees" macht auf den ersten Blick den Eindruck, als hätten die beteiligten Persönlichkeiten nicht das geringste mit kommunistischen oder kommunistisch gesteuerten Organisationen zu tun. Meist handelt es sich um Industrielle, Bankiers, Kaufleute, Professoren der Wirtschaftswissenschaften usw. Untersucht man jedoch die Namen dieser Leute etwas genauer, so stellt sich heraus, daß die meisten von ihnen direkt oder indirekt mit den Kommunisten paktiert haben. Frankreich ist durch den Krypto-Kommunisten Alfred Sauvy, einem Mitglied des Wirtschaftsrates, Österreich durch Prof. J. Dobretsberger, Deutschland durch den Industriellen Heinrich Krumm und die Präsidentin der nationalen Notenbank Greta Kuckhoff vertreten.

Man rechnete in Moskau mit der allgemeinen politischen Gleichgültigkeit und Unwissenheit über die wirklichen Absichten der Konferenz. Auch hofft man auf die Profitgier der kapitalistischen Kreise, die oft für gutes Geld ihren Antikommunismus ablegen können. Man konnte sich dabei auf einige günstige Artikel der Finanzpresse

berufen. So zitierte die "Prawda" am 5. Januar 1952 mit Wohlbehagen einige Äußerungen der in Düsseldorf erscheinenden Zeitschrift "Chemische Industrie". Die Sowjetpresse behauptete, daß die Konferenz in Moskau bei den Wirtschaftlern und Industriellen der ganzen Welt "gewaltigem Interesse" begegnet.

Nach anfänglicher Unkenntnis und teilweiser Verwirrung bei den Eingeladenen traten allmählich die Hintergründe der Konferenz und die wirklichen Absichten Moskaus hervor. Das neue sowjetische Manöver verfolgt eine dreifache Absicht. Erstens will man eine Lockerung des von den Ländern des Westens über den Sowjetblock verhängten Embargos für strategisch wichtige Güter erreichen. Moskau wünscht im Westen Lieferanten von Rohstoffen, Werkzeugmaschinen, Fertigwaren und Nahrungsmitteln, damit die Sowjet-Union und der Sowjetblock seine intensive Aufrüstung fortsetzen kann. Das neue sowjetische Budget sieht eine gewaltige Zunahme der militärischen Ausgaben vor. Etwa die Hälfte des Budgets von 476 Milliarden Rubel werden für militärische Zwecke herausgegeben. Diese enorme Aufrüstung zwingt die Sowjet-Regierung, die Produktion für den zivilen Gebrauch einzuschränken. Um diese Gefahr abzuwehren, will man den Handel mit dem Westen erweitern. Die freie Welt soll also indirekt der Sowjet-Union helfen, ihre Aufrüstung durchzuführen.

Zweitens will Moskau gewisse Industrie- und Finanzkreise veranlassen, ihre Anlehnung an die USA aufzugeben und sich allmählich der Sowjet-Union zuzuwenden. Durch die Anwendung der stalinistischen Taktik der "persönlichen Fühlungnahme" beabsichtigt man einen Teil der leitenden Elemente des westlichen Handels und der Wirtschaft für sich zu gewinnen. Moskau wird diese kapitalistischen Repräsentanten mit großen Einnahmen zu locken versuchen. Würde dieses Manöver gelingen, dann hätte Moskau den wirtschaftlichen Einflßbereich der Sowjet-Union bedeutend erweitert.

Drittens versucht die Sowjetdiplomatie durch die Moskauer Wirtschaftskonferenz Zwietracht unter den Ländern des Westens hervorzurufen. Man versucht, Rußland als den angeblichen Vorkämpfer einer Liberalisierung der Handelsbeziehungen und des freien Ost-West-Handels darzustellen. Dadurch soll die kommunistische Propagandathese, daß die Sowjet-Union bemüht sei, durch Normalisierung der wirtschaftlichen Verbindungen den Weltfrieden zu stärken, gestützt werden.

Viele der Eingeladenen, darunter alle Gewerkschafter, haben inzwischen die gut bezahlte Reise nach Moskau abgelehnt. Diejenigen, die trotzdem Anfang April nach Moskau reisen werden, sind Kommunistenfreunde oder solche, die sich für die Zwecke der kommunistischen Propaganda ausnützen lassen. Eine Weltwirtschaftskonferenz wird die Moskauer Tagung nicht sein. Sie wird eine von Rußland bezahlte Zusammenkunft zur Stützung der sowjetischen Aufrüstung und der kommunistischen Propaganda sein.

"Made in Germany"

Lobito (Angola) im März

Ein Deutscher, der nach Südafrika auswanderte, schreibt uns:

Als das Schiff vertäut war und die ersten Passagiere schon von Bord gingen, schoben sich langsam, mit mahelnden Elektromotoren, zwei der großen Hafenkräne längsseit neben die Ladeluken. "MAN - Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg 1938" war auf dem einen zu lesen; "Stotherts & Pitt Ltd., Sheffield, 1948" auf dem anderen. - Nachher zeigte der portugiesische Hafentoffizier auf ein sauber gemaltes Hinweisschild an einem der Schuppen, auf dem portugiesisch, englisch, französisch und deutsch zu lesen war: Lobito, Eingangstor nach Innerafrika und ins Kongogebiet.

Durthin gelangt man mit dem berühmten Kongo-Express. Seine Schmalspurlokomotiven bringen die leichtgebauten Wagen in viertägiger Fahrt bis Elisabethville; von da aus kann man mit den Rhodesischen Bahnen bis an den Indischen Ozean fahren - mit deutschen Lokomotiven, aus dem ersten Nachkriegsauftrag einer deutschen Lokomotivfabrik für Afrika. Vier Maschinen sind es, jede 108 Tonnen schwer, die ein englisches Frachtschiff in diesen Wochen in Beira ausgeladen hat. Deutschland ist wieder dabei, den angestammten Platz auf den Auslandsmärkten einzunehmen. Mit Besorgnis vermerken es die einen; mit ehrlicher Anerkennung die anderen. Im "Journal de Benguela" finden sich wieder Anzeigen für Solinger Rasierklingen und Leverkusener Arzneimittel. Der Farmer in Grootfontein hat wieder Ersatzteile für seinen Lanz-Bulldog, der Vertreter in Johannesburg fährt wieder seinen altgewohnten Olympia - und die deutschen Einwanderer hören und vermerken es mit Freude, wie begehrt die Ware mit dem kleinen Signum "Made in Germany" wieder ist.

Verständlich, daß diese Freude sich zuweilen ein wenig zu laut äußert, daß sie in manchen, keineswegs den meisten Fällen der Anlaß zu unverhüllter nationaler Überheblichkeit wird. Gewiß, Deutschland hat - vor allem in den letzten Jahren - manche Ungerechtigkeit, manche böswillige Verleumdung erdulden müssen. Ist das aber ein Grund, Ausländern, die wieder mit uns zusammenarbeiten möchten, in übertriebenem Eigenstolz zu begegnen? Oder jenen gegenüber in der Rolle des ehrenrührig Beleidigten zu verharren, die noch in den Irrtümern einer verhetzenden Propaganda gegen Deutschland befangen sind? Sollte man nicht die Irrtümer gerade dieser Ausländer sachlich und freundlich aufklären?

Was in erster Linie notwendig erscheint, ist dieses: Jedem, der heute die Grenzen der Bundesrepublik überschreitet, um im Ausland zu arbeiten, aufklärende Worte darüber zu sagen, wie er sich im Ausland zu verhalten hat, um dem deutschen Namen wieder zu dem Ansehen zu verhelfen, das er in besseren Zeiten als in denen der letzten 19 Jahre genossen hat.

+ + +

M.J.

Lebt der Terror wieder auf ?

F.R. Die Meldung von dem beabsichtigten Bombenanschlag auf den Bundeskanzler wird in ganz Deutschland und jenseits der deutschen Grenzen Empörung und auch eine gewisse Furcht auslösen - Furcht darum, daß nun wieder in Deutschland der Terror als Waffe im Kampf der politischen Meinungen gehandhabt werden wird. Nicht der kollektive Terror, der das Leben in der sowjetischen Zone täglich lähmt und bedroht, sondern der individuelle, der auch in der Weimarer Zeit manches Opfer gefordert und den Weg zur Diktatur vorbereiten half, der Diktatur, in der die Methode der gewaltsamen Beseitigung des politischen Gegners zum Staatsprinzip erhoben wurde.

Kürzlich erst erschien in Deutschland ein inzwischen weit verbreitetes Buch, in dem ein begabter Schriftsteller, der als Neunzehnjähriger an der Ermordung Rathenaus teilgenommen hatte, dieses Verbrechen als einen mehr oder weniger jugendlichen Irrtum zu entschuldigen versucht, für den er gebüßt habe und den er als eine Bagatelle im Vergleich zu der Tatsache erscheinen ließ, daß ihm nach dem zweiten Weltkrieg in einem Internierungslager ein GI einen Faustschlag ins Gesicht versetzte. Schon wer das las, mußte dieses groteske Mißverhältnis als ein Fanal ansehen.

Es ist durchaus möglich, daß es sich bei dem Attentäter um einen geistig unzurechnungsfähigen Menschen handelt - denn welcher normal Überlegende kann annehmen, der Bundeskanzler werde höchstpersönlich ein ihm von fremder Hand geschicktes Paket öffnen ? Aber die terroristischen Parolen politischer Extremisten und Aktivisten pflegen ja gerade bei Menschen dieser Art zu wirken. Der Bundesinnenminister hat inzwischen mitteilen lassen, daß Anzeichen für das Vorhandensein ähnlicher weiterer Attentatsabsichten auf andere bekannte Persönlichkeiten beständen. Trifft diese Vermutung zu, so müßte von den zuständigen Stellen mit größter Entschlossenheit alles getan werden, um zu verhindern, daß aus dem bisher ersten und einzigen Fall eine Epidemie entsteht, die für die ganze junge deutsche Demokratie von tödlicher Gefahr wäre.

Verantwortlich: Peter Raunau